

Ampel in Not

Die Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen haben die Überlebenschancen der Berliner Ampelkoalition nicht gerade verbessert. Schon die Brandenburg-Wahl könnte dem Dreierbündnis den Rest geben. Verschärft wird die Lage durch zunehmend düstere Konjunkturwolken und die anhaltende Schwächung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Hinzu kommt in Bund und Ländern die Frage der künftigen Regierbarkeit bei einer Zersplitterung der Parteienlandschaft.

Weiter so?

Wieder einmal ist von einer „Zeitenwende“ die Rede. Die Wahlergebnisse in Thüringen und Sachsen sorgten in manchen Kreisen für eine Art Weltuntergangsstimmung, obwohl sie weitgehend von der Demoskopie vorausgesagt worden waren. Die Berliner Ampel-Koalition ist von den Wählern in historisch einzigartiger Weise abgestraft worden. Obwohl das Desaster seit langem absehbar war, behielt das Dreierbündnis unbeirrbar Kurs in Richtung Eisberg. Erschreckend war das Maß an Realitätsverweigerung: Aktuelle Kernprobleme der Bürger wie Migration und Energiepolitik wurden allenfalls rhetorisch zur Kenntnis genommen, nicht aber gelöst oder zumindest in Angriff genommen. Es kann nicht überraschen, dass Bürger in solchen Fällen nach parteipolitischen „Alternativen“ suchen. Auch die Beschimpfung ostdeutscher Wähler ist nicht zielführend, sondern nur die überzeugende Vertretung von deren Interessen. Fraglich ist, ob die Warnschüsse aus Sachsen und Thüringen in Berlin gehört worden sind. Wenn führende Parteifunktionäre das Debakel mit unzureichender Kommunikation zu vernebeln suchen, legt diese Verdrängung ein „Weiter so“ nahe. Daran dürfte auch die Tatsache nichts ändern, dass die SPD-Vorsitzende aus der eigenen Partei aufgerufen worden ist, ab sofort auf die „unerträgliche“ und „verheerende“ Teilnahme an Talkshows zu verzichten. Auch die kleine Palastrevolution in der FDP dürfte sich als Sturm im Wasserglas erweisen. Die Grünen, die sich als geborene Sachwalter der jungen Generation wählten, stehen der Erkenntnis gegenüber, dass dieser vermeintliche Besitzstand brüchig geworden ist. Die an sich überfällige Bundestags-Neuwahl wird verhindert durch die Angst vieler Bundestags-Abgeordneter, ihre lukrativen Mandate zu verlieren.

Unregierbar?

Die politische Stabilität der Nachkriegszeit war nicht zuletzt der übersichtlichen Parteienlandschaft zu verdanken. Diese Basis könnte Schaden nehmen durch die zunehmende Zersplitterung des Parteiensystems. Die komplizierte Regierungsbildung in Erfurt zeigt die Schwierigkeiten auf, funktionierende Koalitionen zu bilden. Die Mehrheitsfähigkeit kann infolge neuer Polit-Akteure und „Brandmauern“ abhanden kommen. Am Horizont droht die Gefahr der strukturellen Unregierbarkeit. Gerade dieses Risiko wollten die Väter des Grundgesetzes durch das von den Negativverfahren der Weimarer Republik geprägte Wahlrecht mit der 5%-Klausel minimieren. Sollte es perspektivisch sieben oder mehr Parteien im Korridor zwischen 5 und 20 % geben, könnte der Ruf nach der Einführung des Mehrheitswahlrechts laut werden. In 50 Jahren werden Historiker fragen, wie es dazu kommen konnte, dass sich die „Volksparteien“ in der dritten Dekade dieses Jahrhunderts als von allen guten Geistern verlassen erwiesen haben. Und wahrscheinlich werden sie zu dem Schluss kommen, die tiefgreifende Vertrauenskrise habe sehr viel zu tun gehabt mit dem zunehmenden Gefühl in der Bevölkerung, der Staat habe nicht mehr geliefert. Irrlichternde Regierungen, die sich den Realitäten verweigern und ihre politische Bringschuld sträflich vernachlässigen, vergeben ihre Legitimation und gefährden den Fortbestand der freiheitlich demokratischen Grundordnung.

„Zunehmende Krise“ der Wirtschaft

In einer auch international zunehmend schwierigen Phase verdüstert sich der konjunkturelle Horizont in Deutschland weiter. Im August ist der ifo-Geschäftsklimaindex zum vierten Mal in Folge gesunken. Die 9.000 befragten Unternehmen bewerteten sowohl ihre aktuelle Geschäftslage als auch die Aussichten für das kommende halbe Jahr noch schlechter als im Vormonat. Der ifo-Präsident Clemens Fuest kommentiert den Sinkflug so: „Die deutsche Wirtschaft gerät zunehmend in die Krise.“ Besonders stark betroffen ist die Industrie, die über weiterhin rückläufige Aufträge klagt. Laut Statistischem Bundesamt hat der Auftragsbestand im Juni bereits den sechsten Monat in Folge abgenommen. Der Ausstoß des produzierenden Gewerbes ist im Juni – gegenüber dem Vorjahresmonat – um 3,7 % gefallen. Das BIP hat sich von April bis Juni 2024 – gegenüber dem Vorquartal – um 0,1 % abgeschwächt. Damit trägt

Deutschland – im Vergleich zu den anderen europäischen Industrieländern – weiter die rote Schlusslaterne. Ifo hält für das laufende dritte Quartal einen weiteren BIP-Rückgang für möglich. Die schwache Konjunktur hat die Arbeitslosigkeit auf den höchsten Stand seit dreieinhalb Jahren getrieben. Die Quote stieg im Juli auf 6,1 %. Die Unternehmen halten sich bei der Neueinstellung weiter zurück. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen sank im August um 72.000 auf 699.000. Konzerne wie SAP, Miele und Bayer wollen noch in diesem Jahr 55.000 Stellen abbauen. Dabei dürfte es sich um einen dauerhaften Wegfall handeln, der den schleichenden Trend zur Deindustrialisierung beschleunigt. Der Maschinenbau-Verband VDMA merkt an: *„Wir erwarten jetzt klare Signale seitens der Bundesregierung, notwendige Reformen anzugehen. Nur fünf von 49 Maßnahmen der Wachstumsinitiative wurden bisher vom Kabinett beschlossen. Das ist zu wenig für die Wirtschaftswende.“*

„Dambruch“

Laut ifo befindet sich die Stimmung der Automobilindustrie *„im Sturzflug“*. Die Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate verschlechterten sich von minus 29,5 im Juli auf nun 40,5 Punkte. VW kündigt Personalabbau und Werksschließungen an. Ökonomen führen den Niedergang vorrangig auf die gesunkene Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland infolge politischer Fehlentscheidungen zurück. Die WirtschaftsWoche warnt vor einem *„Dambruch für die deutsche Automobilindustrie“*. Erst seien die Zulieferer betroffen, dann die ganze Industrie. Wenn Volkswagen wackele, komme eine verheerende Kettenreaktion in Gang. Hauptsächlich seien die hohen Energie- und Personalkosten. Der Verkauf von E-Autos laufe nicht wie geplant. Bislang habe VW in Fernost das Geld verdient, mit dem man auch die vergleichsweise teuren Werke in Deutschland habe rechtfertigen können. Der Absatz deutscher Autobauer in China sei nicht nur rückläufig, sondern erodiere. Der Wirtschaftswissenschaftler Justus Haucap kommentiert: *„Die Politik ist mitverantwortlich für die Krise und den langfristigen Niedergang der Automobilproduktion in Deutschland. Wenn Industrie abwandert, haben wir vielleicht die nationalen Klimaziele irgendwann erreicht, aber es geht auf Kosten des bisherigen Wohlstands. Die Fantastereien des Kanzlers von einem grünen Wirtschaftswunder zeigen nur, wie weit die Politik von der Realität entfernt ist.“*

Digitaler Rückstand

Deutschland hinkt bei der Erforschung und Nutzung digitaler Technologien im internationalen Vergleich deutlich hinterher. Zu diesem Fazit gelangt eine neue Studie der staatlichen Förderbank KfW. Untersucht worden sind dabei wissenschaftliche Publikationen, Patentanmeldungen und IT-Investitionen. Die Ergebnisse der Studie sind ernüchternd. So melden Japan und die USA in diesem Bereich fast dreimal so viele Patente an wie die Bundesrepublik. Die deutsche Handelsbilanz für digitale Produkte fällt seit Jahren negativ aus. Bei der Nutzung künstlicher Intelligenz liegt Deutschland auf Rang 7 der EU-Staaten, in der Datenanalyse auf dem 10. und bei Cloud-Computing auf dem 13. Platz. Beim Digitalisierungsgrad bleibt Deutschland weit hinter Ländern wie Finnland, den Niederlanden und Dänemark zurück. Die Studie vermittelt wenig Hoffnung, dass Deutschland bei der Digitalisierung bald aufholen wird. Denn: Mit einer IT-Investitionsquote von nur 1,4 % am BIP ist Deutschland international weit abgeschlagen. Schweden und die Schweiz investierten 2022 rund 5,3 % in digitale Technologien. Auch die Quoten in Frankreich, Österreich oder den USA liegen doppelt so hoch. Um hier aufzuholen, müssten die deutschen IT-Ausgaben auf das Doppelte oder Dreifache wachsen. Das entspräche 140 bis 180 Mrd. Euro pro Jahr. Die KfW resümiert: *„Deutschland wird einen langen Atem brauchen, um bei der Erforschung und Nutzung digitaler Technologien zu den führenden Ländern aufzuschließen.“*

„Moral-Oligarchen“

Ulf Poschardt, Chefredakteur der Welt, zeigt sich mit Blick auf die Lage nach den Wahlen nicht gerade zuversichtlich. Unter der Überschrift *„Sie kapieren es einfach nicht“* attestiert er der Bundesregierung: *„Die Gewalt durch illegale Migranten wird weiter zunehmen, die innere Sicherheit bleibt fragil. Und der Wirtschaftsstandort Deutschland wackelt. Die Wähler haben darauf reagiert. Doch der Ton der Moral-Oligarchen gegenüber den Andersdenkenden bleibt herrisch.“* Die Zeichen an der Wand sind unübersehbar.

Der Unternehmer Dietrich W. Thielenhaus kommentiert aktuelle Entwicklungen in Politik und Wirtschaft.



Dietrich W. Thielenhaus
Gastautor

Als Gastkommentar gekennzeichnete Texte geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder.

Der 'markt intern'-Verlag/Düsseldorf vertritt die Interessen mittelständischer Unternehmer in Handel, Handwerk, Industrie und Dienstleistungsgewerbe. Anzeigenfreiheit erlaubt 'markt intern' eine unabhängige und kritische Berichterstattung in über 20 Informationsbriefen. Der Verlag unterstützt seine Leser in allen unternehmerischen Belangen. Praxishilfen in Form von Sonderbeilagen und Ratgebern komplettieren das Leistungsspektrum.

markt intern Verlag GmbH | Breite Straße 20 | 40670 Meerbusch | Tel.: +49 211 6698-0 | Fax: +49 211 6698-222 | E-Mail: info@markt-intern.de | www.markt-intern.de